

graffiere ebenfalls, denn die Zahl der Ueberstunden sei nach genauen Erhebungen auf 300 000 zu veranschlagen. In seiner urwüchsigsten Weise, wie sie Kraftnaturen eigen ist, ging Kollege Höger dann den Tarifändern, Prinzipalen wie Gehilfen, zu Leibe, gestülte das Verhalten der besser situierten Gehilfen, welche für den Widerstandsfonds keinen Kreuzer übrig hätten, und nannte sie abscheuliche Egoisten. Der Tarif sei nicht für die besser gestellten Kollegen, sondern für diejenigen gemacht worden, welche bisher außerhalb jedes Tarifs standen. Alle jene Gehilfen, welchen seitens der Prinzipalität eine Lohnzulage verweigert würde, hätten ja an der Hand des passiven Widerstandes ein Mittel, wie sie den Prinzipalen unangenehm werden und ihren Lohn verbessern könnten. (Daß der passive Widerstand in der Hand der Arbeiter eine ungemein wirksame Waffe gegen rentente Unternehmener ist, hat die österreichische Kollegenchaft des östern bemerkt; auch Kollege Höger hat es auf unserer letzten Generalversammlung in Halle wiederholt ausgesprochen, daß sich die deutschen Kollegen mit diesem System des Streiks recht bald befreunden möchten. Der Lohnkampf wird von der Straße in die Druckerlei gezogen; hier handelt die Person, und das Bewußtsein, daß die anderen Kollegen in der Druckerlei der gleiche Geist befehle, wird vereint im soldatischen Handeln die schwierigsten Situationen überwinden.) Die Feier des 1. Mai werde von den österreichischen Kollegen in immer weiterer Nähe begangen und namentlich sei die Freigabe des 1. Mai in Wien durch den passiven Widerstand errungen worden. Aus dem Tätigkeitsberichte während der ersten Verbandsperiode fällt zunächst die Statistik ins Auge, welche mit großem Fleiße aufgetragen wurde. Aus diesem Bericht ist zu entnehmen, daß in 791 Druckerereien 1708 Befristungen vorhanden, sonach auf je drei Gehilfen ein Befristung fällt. Daß in diesen Druckerereien befindliche Gesamtpersonal zählt 12929 Köpfe. Kollege Höger wies an der Hand der Statistik nach, daß bei Wegfall der 300 000 Ueberstunden sämtliche Arbeitslose untergebracht worden wären. Die hauptsächlichste Arbeit des zweiten Verbandsjahres bestand jedoch darin, die Unterstützungs-zweige zu zentralisieren. Die einzelnen Kronlandsvereine haben bezüglich der Unterstützungsstellen gänzlich verschiedene Bestimmungen eingeführt und es drängen nun die Verhältnisse selbst zur einheitlichen Regelung dieser Bestimmungen hin. So gibt es Vereine, welche nach 52 Wochen Mitgliedschaft die Konditionslofenunterstützung zahlen, auch noch solche, welche eine 150wöchentliche Karenzzeit vorgeschrieben haben. Außerordentlich hoch sind die Mittel, welche die österreichischen Kollegen für die Kranken aufzubringen haben, und aus dem Berichte des Vorstandes ist zu ersehen, wie sanitätsmäßige Zustände in den Druckerereien und Gießereien herrschen müssen; ganz bedeutend könnten die Erkrankungsfälle eingedämmt werden, wenn in den Arbeitslokalen den Anforderungen an Reinlichkeit und Hygiene mehr Rechnung getragen würde. Und mit dem Vorwärts meinen wir, daß alle Buchdruckergehilfen die verdammt Pflicht und Schuldigkeit haben, von den Prinzipalen zu verlangen, daß die Arbeitsstätten rein und sauber gehalten werden, um so dem Arbeiter die Möglichkeit zu geben, unbeschadet seiner Gesundheit und Widerstandsfähigkeit, seinen Lebensunterhalt zu verdienen.

Bezüglich der Reiseunterstützung wurde beschlossen, von nun ab das Tagelohn durch das ganze Jahr mit 60 Kreuzern festzusetzen; früher betrug dasselbe vom April bis November 50 Kr. und in den anderen Monaten 60 Kr. Die Konditionslofenunterstützung, welche bisher ohne Zuschuß (per einzelnen Vereine) 60 Kr. pro Tag betrug, ist auf 1 Gulden pro Tag erhöht; jeder weitere Zuschuß fällt nun fort. Ebenso wurde die zentralisierte Krankenunterstützung mit 1 Gulden pro Tag durch 365 Tage festgelegt; nach Ablauf dieser Frist hat der Kranke noch auf eine Unterstützung von 60 Kr. pro Tag Anspruch und zwar bis zum Zeitpunkt seiner Genesung oder Uebernahme auf den Invalidenstand. Aus diesem Beschlusse allein ist das wichtige sozialpolitische Eingreifen des österreichischen Verbandes in das gegenwärtige Gesellschaftsleben zu ersehen und wer in solcher Weise vorzuzugreifen weiß, kann auf das Anwachsen der Organisation mit Sicherheit rechnen. Eine heftige Debatte entspann sich über die Hinterbliebenen- und Waisenunterstützung. Das Ergebnis der Debatte war folgendes: Die Unterstützung Hinterbliebener von verstorbenen Mitgliedern wird nach vier Klassen festgelegt. Es erhalten die Hinterbliebenen nach dreizehnwöchentlicher Mitgliedschaft 50 Gulden, nach fünfjähriger Mitgliedschaft 100 Gulden, nach zehnjähriger Mitgliedschaft 150 Gulden und nach fünfzehnjähriger Mitgliedschaft 200 Gulden. Zu dieser Unterstützung sind außer den legitimen Frauen auch solche berechtigt, die mit dem Verstorbenen zuletzt in Gemeinschaft lebten. Ebenso erhalten die Waisen bis zur Vollenbung der gesetzlichen Schulpflicht Unterstützung. Beschlossen wurde, eine Erhöhung des Verbandsbeitrages vom 1. Juli dieses Jahres ab eintreten zu lassen.

Eine Angelegenheit von größter Wichtigkeit ist wohl die Schaffung eines Einigungsamtes, welchem als oberste Instanz alle Tarifstreitigkeiten anheimgegeben werden sollen. Ueber die Form dieses Einigungsamtes gingen allerdings die Meinungen auseinander; schließlich wurde der Verbandsvorstand, welcher mit aller Kraft auf die Infalligkeit dieser neuen Einrichtung hinarbeitete, mit der Errichtung beauftragt.

Dies wären in kurzen Umrissen die Hauptergebnisse des österreichischen Verbandstages. Die Arbeitslast ist

eine große gewesen, aber mit Freude und Ausdauer haben Delegierte und Vorstand gearbeitet, um etwas Zweckdienliches, Wertvolles für die Mitglieder zu schaffen, denen ja der Verband in allen Nöten ein stets bereiteter Hort und Schirm sein muß. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse werden sich bei thätigstem Eingreifen der Mitglieder zusehends verbessern und dadurch schon bewirken, daß der Teil der Berufsangehörigen, welche der Organisation fern stehen, aber von den Früchten derselben genießen, sich dankbar denen anschließen, welche für die Grundsätze des Verbandes mit ihrer Person, mit ihrer Existenz allzeit eingetreten sind. My.

Korrespondenzen.

O.-V. **Wpolda**. Am 18. Juli hielt der hiesige Ortsverein seine Monatsversammlung ab, deren Hauptgegenstand die Berichterstattung unserer Delegierten zur Generalversammlung, Kollegen Kühn-Beimar, bildete. In etwa zweistündigem Vortrag entlegte sich dieser seiner Aufgabe in erschöpfender, wenn auch die Mitglieder nicht befriedigender Weise, welche letzte die an den Vortrag sich anschließende Diskussion bewies. Man konnte es nicht verstehen, daß die Generalversammlung trotz der von der Mehrheit der Mitglieder durch Resolutionen usw. kundgegebenen Abneigung gegen den neuen Tarif und namentlich dessen Anhängel diesem ihre Sanktion gegeben hat, weil man nach wie vor der Ansicht ist, daß die neuen Tarifbestimmungen die Kollegenchaft in verschiedene Klassen teilt, während es doch bei allen bisherigen Tarifbewegungen aus oberstes Prinzip galt, die Lage der Gehilfenchaft einer einseitigen Besserung entgegenzuführen; die Mehrheit für den neuen Tarif habe sich namentlich aus den Delegierten der Großstädte rekrutiert, welche letztere sich überwiegend in dem Genusse der materiellen „Errungenschaften“ derselben befinden und, um diese zu erhalten, das vorerwähnte alte Prinzip preisgaben. Die Thatsache, daß sich die Prinzipale der Großstädte in letzter Zeit so gesputet haben, den für sie in jeder Beziehung vorteilhaften Tarif einzuführen, hätte doch stutzig machen müssen. Hätten sich die Herren Delegierten um die Provinz gekümmert, wo die Prinzipale noch sehr wenig Lust verspürten, sich den Anordnungen ihrer Großstadt-„Führer“ zu fügen, sie würden sich wahrscheinlich weniger „niden“ verhalten haben, trotz der warmen Empfehlungen des Zentralvorstandes und seiner getreuen Paladine. Jedes freie Handeln sei gelobt und mit ihm das bisher stets hochgehaltene Prinzip durchlöchert worden, von unseren wirtschaftlichen Gegnern etwas verlangen zu können; wir müßten uns mit Geschenken zufrieden geben — einzig dastehend in der Geschichte der Buchdrucker und der allgemeinen Arbeiterschaft überhaupt. Die Bestimmung, daß es der Gehilfenchaft freistehe, auf der nächsten Generalversammlung in drei Jahren den Tarif zu kündigen, wenn bis dahin seine Einführung nicht durchgeführt sei, wurde nur als Zuderbrod betrachtet, den Tarif für die Kollegen annehmbar zu gestalten, in Wahrheit berge sich hierin eine große Gefahr für die Gehilfenchaft, insofern, als hierdurch den Prinzipalen von der Kündigung bis zur Aufhebung des Tarifs wieder überreichlich Zeit zur Vorbereitung auf einen event. Kampf gegeben werde, ein Fehler, vor dem die Generalversammlung durch die Erfahrungen des 1891er Streiks genügend gewarnt worden sei; wie wenig sich die Prinzipale an Abmachungen und Versprechungen halten, sei sattem bekannt, notorisch dagegen, daß es die Gehilfenchaft mit diesen stets ernst genommen hat und es wahrscheinlich auch ferner ernst nehmen wird — stets zu ihrem Nachteil. Der Auspruch des Kollegen Kiebel, daß sich die Gehilfenchaft an die Abmachungen nicht zu binden brauche, muß angesichts der Thatsachen als Äußerung verworfen werden. Die Stellungnahme der Generalversammlung in dem Streite Galsch contra Döblin wurde einseitig als eine einseitige bezeichnet, es hätte wohl dem Gerechtigkeitsprinzip gegen die „Minerheit“ entsprochen, wenn man neben dem Kollegen Galsch auch Herrn Döblin den Abschied gegeben hätte; denn in weiten Kreisen würde das einmal ermedete Mißtrauen nicht wieder schwinden und dieses sich vielleicht unliebsam bemerkbar machen, wenn von seiten des Herrn Döblin wieder einmal eine „Aktion“ eingeleitet werden sollte; die Vermutung, daß eine solche mit der Parole an die Gaudvorsitzer inangiert werden könne, es nicht zum Kampfe kommen zu lassen, würde von vornherein lädem auf die Entschließung der Gehilfenchaft wirken. Wurde von der Generalversammlung auch die Kampfweise des Kollegen Galsch verworfen, so war die Versammlung doch der Ansicht, daß dies nur geschehen, weil es Galsch nicht gelungen ist, positive Beweise zu erbringen, wer weiß, ob nicht ein Umschwung stattgefunden hätte, wenn die Delegierten zuletzt vorgelegten „zwei Fragen“ diskutiert werden konnten, was selber auf Grund der Geschäftsordnung nicht zulässig war. — In der Diskussion wurde auch ein Vorkommnis lokaler Bedeutung erörtert; es handelte sich im Januar um die Einführung der zehnstündigen statt der bisherigen neunzehnstündigen Arbeitszeit in der früher herrschenden Dystin (jetzt Oskar Vantholz) und waren die Kollegen der festen Ueberzeugung, daß ihnen das Festhalten der alten Position schon damals gelungen wäre, wenn sie von dem Zentralvorstande den nötigen Rückenhalt zugesichert bekommen hätten; statt dessen hieß es: Der Tarif schreibt zehnstündige Arbeitszeit vor, ergo ist nichts zu machen — und das angesichts der damals schon

reife Absicht des Zentralvorstandes, einen „Vorstoß“ zu machen. Diese kühle Zurückweisung der Interessen von „Provinz“ Kollegen wird der Ortsverein nicht verzeihen. Mit der Bestimmung, daß der Galt die Schreibe des Kollegen Galsch beibehalten soll, wird letzterem wohl das beste Zeugnis für seine verdienstvolle Thätigkeit ausgestellt; ob es aber so bleiben wird? Die Generalversammlung aber hat sich durch diese Anerkennung selbst gerichtet, denn sie dokumentierte hierdurch, daß sie sich von persönlichen Einflüssen bei der Abiegung Galschs leiten ließ. — Die Bewilligung des Diätenjahres von 10 Mk. pro Tag wurde abermals einer herben Kritik unterzogen; die Herren Delegierten, die hierfür stimmten, hatten wahrscheinlich das Bedürfnis, auch hierin zu zeigen, daß sie möglichst viel Zwischenraum zwischen sich und den „Klassenbewußten“ Kollegen legen wollten; eine solche nonchalante Hinwegsetzung über die berechtigten Forderungen der Provinzkollegen beweist eben, daß man dem „Bruder Bauer“ wohl das Recht einräumt zu zahlen, ihn im übrigen aber nur gestattet, sich demutsvoll dem Botum der „Großstädter“ zu beugen. Als verunwunderlich wurde es betrachtet, daß sich die Herren, da es doch eine außerordentliche Generalversammlung war, nicht auch außerordentliche Diäten bemilligt haben. (Auch Vereinsinteresse!) — Zum Schluß fand ein Antrag einstimmige Annahme, dem wahren Vertreter unserer Interessen, dem früheren Redakteur, Kollegen Galsch, zur Befreiung seiner durch die Agitation gegen die Tarifgemeinschaft erwachsenen Kosten einen Beitrag zu bewilligen. — Die Versammlung, welcher auch vier Kollegen aus Jena als Gäste bewohnten, dauerte bis nachts 1/2 Uhr.

— **st. Bremen**. Unser verehrter Gaudvorsitzer Kollege Rosenlehner gab in der sehr zahlreich besuchten Bezirksversammlung vom 23. Juli einen Bericht über die außerordentliche Generalversammlung in Halle. Redner schiedte voraus, es habe auf der Generalversammlung von vornherein das Bestreben abgewaltet, die beiderseitigen Erbitterungen nach Möglichkeit zu versöhnen und dieses löbliche Bestreben sei auch zu einem großen Teil erreicht worden. Angesichts des ausführlichen Generalversammlungsberichts im Corr. dürfte es sich wohl erübrigen, auf die klaren und sachlichen Darlegungen des Referenten näher einzugehen. Rosenlehner schloß seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag mit der Mahnung, im gegenwärtigen Augenblick alle sonstigen Trennungspunkte hintanzuhalten, um in geschlossener Phalanx den gemeinsamen Zielen zuzustreben. In der sich anschließenden sehr lebhaften Diskussion erklärte sich Kollege Kühn nach wie vor gegen den neu geschaffenen Tarif, weil dieser die Kollegenchaft in drei Klassen scheide und demnach trotz gegenteiliger Versicherungen geeignet sei, Uneinigkeit in die Reihen des Verbandes zu tragen und solchen zu schädigen. Redner stellt sich jedoch auf den Boden der gegebenen Thatsachen und erwartet von allen Kollegen, daß sie für strenge Durchführung und Einhaltung des Tarifs eintreten. Sehr verwunderlich erscheint es ihm, daß in vielen Gegenden sogar der alte Tarif noch sehr im argen liegt, wohl der beste Fingerzeig für betr. Kollegenchaften, diese unwürdigen Zustände mit allen zu Gebote stehenden Mitteln abzuwehren. Aus Gerechtigkeitsgründen anerkennt Redner die langjährige Wirksamkeit des Kollegen Galsch für den Verband, welcher Anerkennung sich eine Anzahl nachfolgender Redner anschließen. Kollege Waigand weist die Aeußerung Rosenlehners zurück, daß die Opposition sich nur aus jenen Elementen zusammensetze, welche den Tarif nicht bezahlet erhalten, selbst der Hinweis auf Abteilungsbestanden sei nicht stichhaltig. Rosenlehner repliziert dahin, daß er nur von einem Teile der Opposition gesprochen habe und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß sich Gegner und Freunde des Tarifs nimmweise auf einen Standpunkt stellen möchten, um dem Gemeinwohl wirksam dienen zu können. Kollege Donath führt aus, es seien in den höheren Regionen auf beiden Seiten Fehler begangen und er wundere sich, daß man mit Einmütigkeit über Galsch hergefallen sei; er bringt weiter die der Generalversammlung vorgelegten zwölf Fragen zur Verlesung, deren Inhalt auf die Versammlung einen guten Eindruck machte, bemängelte, daß bezüglich des Tarifs keine Urabstimmung erfolgt sei, worauf Rosenlehner entgegnet, dies sei deshalb unterblieben, um in die Kollegenkreise keine neue Aufregung zu bringen. Auf eine weitere Anfrage erklärt derselbe, daß der Tarif mit oder ohne Opfer zur Einführung zu bringen sei, denn ohne Kampf kein Sieg. Kollege Kowanski verteidigt den Standpunkt der Opposition und hebt hervor, daß solche entgegen den Ausführungen Rosenlehners auf der Generalversammlung auch hier in Bremen stets sachlich kämpfte und selbst durch ein Maulkorbgesetz sich nicht einschüchtern lassen werde. Kollege Bolze fügt dem hinzu, daß unser Gaudvorsitzer in dieser Hinsicht der eigentliche Vater der Bremer Opposition sei. Kollege Thölke kritisiert die bekannte Wahltafel, dabei betonend, daß eine solche einseitige Aufstellung ein klares Bild nicht ergebe. Kollege Rhein ergriff sich in längeren Ausführungen dahin, daß die verlassene Generalversammlung vorwiegend das persönliche Moment ins Auge gefaßt habe und darin entschieden zu weit gegangen sei, auch läßt er durchblicken, daß unter jeglichem Regime von einem Kampfstandpunkte des Verbandes kaum noch die Rede sein könne. Eine solche Wendung liege jedenfalls nicht im Sinne des Fortschrittes. Die lang andauernde Debatte zeitigte drei Resolutionen, von denen die folgende mit allen gegen elf Stimmen angenommen wurde: „Die

heutige Bezirksversammlung nimmt Kenntnis von dem Bericht ihres Delegierten Rosenlechner. Der größte Teil der Redner erklärt sich auch heute noch gegen die Tarifgemeinschaft, verpflichtet sich jedoch, den Beschlüssen der Generalversammlungsversammlung sich unterzuordnen. Die Auffstellung von Kandidaten zum Auttag und Stellung von Anträgen hierzu bildete den weiteren Tagesordnungspunkt. Nach Erledigung desselben richtete der Vorsitzende Kollege Friedhoff noch einige ermunternde Worte an die Versammelten und forderte zum fernern Festhalten an unseren gegenwärtigen Bestrebungen auf. Hierauf Schluß der impopulär verlaufenen Versammlung.

S. Dortmund. In der letzten Versammlung des hiesigen Ortsvereins wurde, um endlich einmal die leidige Sitte des Beiträgerestierens und damit die sehr vermehrte Arbeit des Kassierers und die jedes Quartal notwendig werdende lange Hinausschiebung der Bezirksversammlung zu beseitigen, ein Antrag angenommen, der folgendes besagte: Durch eine Liste, welche unter den Mitgliedern zirkuliert, werden die Restanten namhaft gemacht, welche bis zum 15. des dem Quartalschlusse folgenden Monats noch mit Beiträgen aus dem abgelaufenen Vierteljahr im Rückstande sind. Es ist wohl nötig, diesen Beschluß hier zu veröffentlichen, um auch die Mitglieder, welche in betr. Versammlung nicht anwesend waren, davon in Kenntnis zu setzen. Hoffentlich ist es in Zukunft nicht nötig, diesen moralischen Druck anzuwenden, um die Mitglieder an ihre Pflichten zu erinnern. — Auf der nächsten Bezirksversammlung wird unser Delegierter, Kollege Böller Bericht erstatten. Derselbe findet am 9. August in Camen statt und hofft der Vorstand auf eine recht zahlreiche Beteiligung aus allen Druckorten des Bezirks.

Kaunburg a. d. S. Unser Generalversammlungsdelegierter, Kollege Witzackius Erfurt, erstattete in der am 18. Juli abgehaltenen Versammlung ausführlich Bericht über die Verhandlungstage in Halle. Reicher Beifall lohnte die Ausführungen des Referenten, der sich dann noch, manches aufklärend, an der anschließenden Debatte beteiligte. Kollege Steinbrück-Dresden, der ebenfalls mit anwesend war, sprach im Interesse der neugegründeten Tarifgemeinschaft. Leider müssen wir bemerken, daß der Besuch dieser wie auch der vorhergegangenen Versammlungen trotz des Lokalwechsels nicht zu, sondern eher abgenommen hat. Hoffentlich tritt in Zukunft hier eine bessere Werbung ein.

Stuttgart. Die Korrektorenmitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, welche geneigt sind, einem zu gründenden Korrektorenverein im Rahmen und unter Maßgabe der Ziele des Verbandes der Deutschen Buchdrucker beizutreten, werden freundlichst ersucht, an den Unterzeichneten eine bezügliche Mitteilung gelangen zu lassen. H. Rabert, Stuttgart, Wilhelmstraße 3.

Wesel (Rhein), 26. Juli. Eine am Samstag stattgefundene Versammlung des hiesigen Ortsvereins nahm nach einer längeren Diskussion über die außerordentliche Generalversammlung in Halle folgende Resolution an, mit der gleichzeitigen Bestimmung, dieselbe im Corr. zu veröffentlichen: „Der Vorstand wird dringend ersucht, auf friedlichem Wege für die Einführung des neuen Tarifs nunmehr unbedingt Sorge zu tragen, da derselbe trotz vorheriger energischer Opposition vieler Mitgliedschaften auf der Generalversammlung mit großer Mehrheit angenommen worden ist.“

Kundschau.

Buchdrucker und Verwandtes.

Die Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker ermahnt in ihrem Letter die Mitglieder des D. B. B., welche ab 1. Juli die Beiträge an die Unterstützungskasse des Vereins zahlen müssen (bisher zahlten nur 500, etwa der dritte Teil der Mitglieder), diesen Zwang geduldig zu ertragen. Die Kasse bleibe den Prinzipalen erstens die Möglichkeit, der Fürsorge für ihre Gehilfen, zu der heute ein jeder Arbeitgeber im eignen Interesse sich verpflichtet fühlen sollte, in gewissem Maße zu genügen. Zweitens sei „die völlig neutrale Kasse ein Mittel zur Aufrechterhaltung der Zufriedenheit in den Kreisen der Gehilfen und zur Aufrechterhaltung und Befestigung des Friedens im Gewerbe“. Drittens sei die Kasse „ein wirksames Mittel zur Förderung des Deutschen Buchdrucker vereins und zur Stärkung seiner Stellung inmitten der brandenden Wogen der Zeit“. Endlich bleibe die Kasse „eine sehr brauchbare Grundlage für eine nationale, alle Zweige pflegende Unterstützungskasse der deutschen Buchdrucker“. Das übrige ist so deutlich zwischen den Zeilen zu lesen, daß es einer weitern Auseinandersetzung nicht bedarf. Es mag nur noch darauf hingewiesen werden, daß die 500 Prinzipale bis jetzt es sich 114091,71 Mk. kosten ließen, ein Beweis, daß die Gründer der Kasse den Wert derselben für ihre Zwecke erkannt haben, während die Gehilfen 82323,60 Mk. mehr oder weniger gewonnen beizubehalten. — Aus der Quartalsversammlung der Hamburger Innung ist erwähnenswert, daß sich ein Herr Salborn zur Aufnahme meldete, der Nichtbuchdrucker, während sein Geschäftsführer Steinbrücker ist. Die Innung hat nun eine Prüfungskommission niedergesetzt, welche den Geschäftsführer auf seine technischen Kenntnisse hin prüfen soll. — Aus Berlin wird mitgeteilt, daß in der Buchdrucker Wilhelmstraße 30 Seger die Arbeit niederlegten, weil ihnen bei Abschaffung des Berechnens statt 30 Mk. nur 28,50 Mk.

bewilligt wurden. „Bei dem augenblicklich hier herrschenden starken Arbeitslosenstande — sagt der Berichterstatter — konnten die Plätze sofort wieder besetzt werden.“ Welches Glück für die armen Unternehmer! — Ueber den Ausgang der Generalversammlung in Halle glaubt die Zeitschrift ihrer Freude besonders Ausdruck geben zu müssen. — Der Leipziger Faktorenverein ist von der Innung mit 600 Mk. unterstützt und ihm die Zulage geworden, daß dies auch in Zukunft geschehen werde. Dafür werden die Herren nun auf etwaige Zulage gern verzichten. — Schließlich wird der österreichisch-ungarischen Buchdruckerzeitung ein Häring derteilt, daß sie angesichts der Angebote der Firma Oswald Schmidt in Leipzig von den „Fangarmen vieler deutschen Druckfirmen“ spricht, welche ausgefreit werden, um den österreichischen Buchdruckerarbeiten zu entgegen. Die Zeitschrift bestätigt dies zwar, wenn sie meint, daß die genannte Firma „eine derjenigen Firmen“ ist, die durch nichttarifmäßige Bezahlung ihrer Gehilfen und durch Bekleidungsarbeit in der Lage sind, billige Preise zu stellen, indessen soll das nicht ausgesprochen werden.

Die Buchdruckerfarben sind verboten! — das ist die neueste Kunde aus dem Lande der „wiedergewonnenen Brüder“ — aus Elsaß-Lothringen. Warum? — weil in der Farbenzusammenstellung rot-gelb-blau-weiß-schwarz zufälliger Weise die Farben der französischen Tricolore enthalten sind. 450 Jahre sind es her, seit Kaiser Friedrich III., der Zeitgenosse Gutenbergs, dem Straßburger Buchdrucker Wentel das Wappen in den genannten fünf Farben verlieh, und über hundert Jahre sind es her, seit die französische Tricolore entstand, aber unserer heutigen Zeit, speziell der Straßburger Polizeibehörde, blieb es vorbehalten, die Entdeckung zu machen, daß die Buchdruckerfarben der Tricolore ähneln und somit staatsgefährlich sind. Anlaßlich eines Sängerefestes in unserer schweizerischen Nachbarstadt Basel unternahm der Straßburger Buchdruckerergängerin Typographia einen Ausflug dorthin unter Witnahme seiner Fahne mit den obligaten fünf farbigen Fahnenstreifen und ditto Vereinsabzeichen. Die Folge war — auf erfolgter Denuntiation — zunächst eine Unteruchung und das vorläufige Verbot des Tragens der Vereinsabzeichen. Hoffentlich überzeugt sich die Behörde baldigt von der Grundlosigkeit ihrer Beschränkungen und gibt die harmlosen Farben wieder frei. Die Wiffrage bildet nichtsdestoweniger ein würdiges Seitenstück zu der im Corr. gemeldeten Unteruchung gegen den Vorstand des Verbandes der Buchdrucker „wegen Ueberweisung von Rekruten an die Fremdenlegion“, die durch die Stempelmarken (sog. Gegenfertigkeitsmarken) für die französische Behörde kenntlich gemacht worden seien. — Uebrigens sieht das neueste Vorgehen gegen die Straßburger Kollegen nicht verzeihlich da. So verließ kürzlich in Kolmar ein Fahnenband in den — Mannheimer Stadtfarben (rot-weiß-blau) dem Verbote; dasselbe wurde jedoch später wieder zu führen gestattet. Der Konsequenz halber hätten sonst auch die beiden Straßburger Studentenverbindungen, welche die gleiche Farbenzusammenstellung tragen, dieselbe Liebenswürdigkeit der Behörde zu kosten bekommen. — Und das sind doch sicher keine „umstürzlerisch geginteten“ Arbeiter oder gar — Protestler!

Konkurs. Am 22. Juli der Buchdruckerbesitzer Max Edel in Mannheim.

Der in Nr 85 avisierte Ausstand in Brüssel hat nach Beseitigung der Ursachen seine Erledigung gefunden. Mit dem aus Paris eingewanderten Abteilungsdirigenten mußte auch ein siebzehnjähriger Steinbrückermeister, ebenfalls aus Paris, seinen Platz verlassen, da er während des Ausstandes Kausretzer herbeizuführen suchte. Die Drohung, daß sämtliche Arbeiter des Hauses sich den Ausstehenden anschließen würden, trug nicht wenig zum Siege bei. Die kürzlich ins Leben gerufene Grupp. Union hat somit die Feuerprobe glücklich bestanden.

Die in Erfurt erscheinende Tribüne ist vor den Gerichtsschranken ganz wie zu Hause. Wenn nicht Verleibigungs- oder andere Klagen vorliegen, so läßt der grobe Unfug aus. So hatte das Blatt bei der Mitteilung einer Berurteilung wegen Verbreitung von Druckschriften dieses Vergehens ein „Verbrechen“ genannt; ferner hatte es der Noth, daß nach dem Erkenntnis eines Schöffengerichts die Duitung über empfangene Gelder eine Auforderung zum Sammeln sei, hinzugefügt: „wenigstens“ nach der Meinung des betr. Gerichts; endlich hatte es der Mitteilung über eine Aussperrung hinzugefügt: „Zugang ist ferngehalten“. Alle drei Fälle wurden als grober Unfug angesehen und mit 50 Mk. Strafe belegt. In einem weiteren Falle hatte das genannte Blatt die Spitzmarke „Minister Verlecher zur Ehre gebracht“ angewandt, wofür ebenfalls 50 Mk. beantragt wurden. Das Gericht fand aber hierin nur einen waldmännischen Ausdruck, an dem schwerlich jemand Vergernis genommen habe. Mit dem gewohnheitsmäßigen Begriffe „grober Unfug“ deuten sich aber auch die anderen Fälle nicht. Vergernis kann irgend jemand schließlich an jedem gesprochenen oder geschriebenen Worte nehmen.

Wie f. z. mitgeteilt, errangen die Kollegen in Natal im letzten Winter eine Erhöhung ihres Salärs auf 2,17½ Pf. Stierl. pro Woche; verschiedene dortige Firmen haben seit der Zeit billiger Arbeitskräfte importiert und sollen sich auch sonst eine ganze Anzahl Jünger der „schwarzen Kunst“ außer Kondition befinden. Der Sekretär der dortigen Sezerergesellschaft warnt in einem Brief an den Sekretär der Londoner Sezerergesellschaft vor Konditionsannahme nach Natal, indem das Salär

der Sezer absolut nicht den Verhältnissen entspreche und das Buchdruckgewerbe im allgemeinen als eines der schlechtbezahltesten in der Kolonie betrachtet werde.

Öffentliches Leben, Sozialreform, Volkswirtschaft.

Die Direktoren der Militärwerkstätten in Spandau sind, auf besondern Wunsch der Arbeiter, den die Arbeiterausschüsse zum Ausdruck gebracht haben, im Begriffe, die Beschäftigungsbauer der Tage vor den Sonn- und Feiertagen anderweit zu regeln. Bisher ist, unter Innehaltung der üblichen Pausen, durchweg an allen Werktagen bis 6 Uhr abends gearbeitet worden. Sonnabends und am Festabend der Festtage soll nun die grundsätzlich eingeführte zehnstündige Arbeitszeit um zwei Stunden verkürzt und ohne Mittagspause durchgearbeitet werden, so daß bereits um 2 Uhr nachmittags Feierabend gemacht werden kann. Diese Aenderung ist bereits im Feuerwerklaboratorium und in der Pulverfabrik mit insgesamt 3000 Arbeitern eingeführt worden, die anderen Fabriken der Militärverwaltung werden diesem Beispiele folgen.

Vereine, Kassen usw.

In Meissen tagte am 19. Juli die vierte Landesversammlung der Metallarbeiter Sachsens. Die sächsischen Schwertgießereien zu leiden. An die Stelle der beanstandeten Vertrauensleute traten Verbandsagenten bzw. Bevollmächtigte. Die Organisation selbst hat dadurch keinen Schaden gelitten, vielmehr zur Zeit in mehr als 40 Orten Fuß gefaßt. Im ganzen geht aber aus den Berichten der Delegierten hervor, daß die Zahl der organisierten Metallarbeiter im Verhältnisse zu den nichtorganisierten eine verschwindend kleine ist. Beschlossen wird, bei zukünftigen Konferenzen die Berichte der Delegierten wegfällen zu lassen. An deren Stelle soll ein schriftlicher Bericht der Bevollmächtigten der einzelnen Orte treten und diese Berichte von dem Zentral-Vertrauensmann in geeigneter Weise den Kollegen zugänglich gemacht werden. Außerdem wird die Institution der Korrespondenten beibehalten, welche aus den Orten ihres Agitationsbezirks genaues Material über die Lage der Metallarbeiter zu beschaffen und in der Presse zu veröffentlichen haben. In einer Resolution wird bedauert, daß sich die Bauschlösser Leipzigs der Organisation noch nicht angeschlossen haben. Als Stipe für die Korrespondenten werden Leipzig, Chemnitz und Dresden festgesetzt und als Ort für die nächste Konferenz Dresden bestimmt.

Der Verband der Hasenarbeiter hielt seine dritte Generalversammlung in Bremen ab. 17 Delegierte vertraten 22 Wittgliebschaften. Die Versammlung widmete der Agitation einen Hauptteil der Beratungen, kam jedoch über eine Resolution nicht hinaus, welche den Vorstand beauftragt, überall da Agitation zu entfalten, wo der Verband noch keinen festen Fuß faßt, speziell in den Ostseehäfen, Rheinsand und den inneren Häfen, ebent. sich mit der Generalkommission dieserhalb in Verbindung zu setzen. Danach wurde die Abhaltung eines Kongresses beschlossen, auch mehrere Statutenänderungen vorgenommen. Der Ausschuss wird nach Lübeck verlegt, die Revisionskommission nach Hamburg, woselbst auch die nächste Generalversammlung stattfinden soll. Der Sitz des Vorstandes ist in Bremen.

Der neue nationale gewerkschaftliche Zentralverband, Sozialist Trade and Labor Alliance, hielt vom 29. Juni bis 2. Juli seine erste Generalversammlung ab. Der Verband will in Gegensatz zu den bestehenden zentralen Gewerkschaftsorganisationen, denen er den Vorwurf der Trägheit, der Korruption und der bewußten reaktionären Richtung macht, die Interessen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nicht nur nach der ökonomischen, sondern auch nach der politischen Seite hin wahren. Es waren 75 Delegierte anwesend, welche 64 Lokal- und 7 Distriktsorganisationen sowie einige gewerkschaftliche Nationalverbände vertraten. Die Verhandlungen verliefen in vollkommener Harmonie. In der Einleitung zur „Prinzipienklärung“ heißt es u. a., daß die altüberbrachten Formen und Methoden der alte Geist der Arbeiterorganisationen absolut unfähig seien, den Angriffen des konzentrierten, durch die Hilfsmittel der Staatsmacht gefüllten Kapitals zu widerstehen und eine dauernde Verbesserung der Lage der Lohnarbeiter durchzuführen oder auch nur für irgend eine Zeit ihren stetigen und allgemeinen Niedergang aufzuhalten. Nur eine selbständige politische Aktion, verbunden mit dem gewerkschaftlichen Vorgehen auf dem Boden der neuen Gewerkschaftsorganisation, sei geeignet, die Emanzipation der arbeitenden Klasse herbeizuführen. Die Leitung des Verbandes besteht aus einem Exekutivkomitee: Sekretär, Schatzmeister und sieben Beisitzer, welche von der Generalversammlung gewählt werden.

Arbeiterbewegung.

Die Abrechnung des Streiks der Schmiede in Dresden ergab 231,45 Mk. Einnahme und 570,78 Mk. Ausgabe. Es arbeiten in Dresden etwa 1000 Schmiede. Vier Schuhmacher in Dresden wurden wegen Verdröhung und Ehrverletzung im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung zu je 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Nach den Verhandlungen kann davon, daß die Verurteilten irgend jemand zur Teilnahme an einem Streik zu bestimmen versucht hätten, gar keine Rede sein, es kann daher nicht § 153 der Gewerbeordnung, vielmehr nur Verleibigung in Frage kommen und für eine solche ist das Strafmaß entschieden zu hoch. Wegen des gleichen Vergehens standen in Altona 9 männliche und 20 weibliche Arbeiter vor Gericht. Die Strafthaten rührten von

